

REPORT

Wählergunst zum Jahresbeginn:

Nr. 2

Januar 2011

ABSCHIED VON WÄHLERN UND MILIEUS

SPÖ, ÖVP und FPÖ derzeit gleichauf – Klassenbindung ist kein politisches Orientierungsmerkmal mehr – Direkte Demokratie: Trügerische Hoffnung zur Lösung der Vertrauenskrise in die Politik – Klare Orientierungen wichtiger als Ja-Nein-Demokratie

Stimmenanteile der Parteien bei Nationalratswahlen

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	LIF	KPÖ/ Rest	
	%	%	%	%	%	%	%	
1945, Nov.	44,6	49,8	--	--	--	--	5,6	= 100%
1949, Okt.	38,7	44,0	11,7	--	--	--	5,6	= 100%
1953, Feb.	42,1	41,3	10,9	--	--	--	5,7	= 100%
1956, Mai.....	43,0	46,0	6,5	--	--	--	4,5	= 100%
1959, Mai.....	44,8	44,2	7,7	--	--	--	3,3	= 100%
1962, Nov.	44,0	45,4	7,1	--	--	--	3,5	= 100%
1966, März.....	42,6	48,4	5,4	--	--	--	3,7	= 100%
1970, März.....	48,2	44,8	5,5	--	--	--	1,5	= 100%
1971, Okt.	50,0	43,1	5,5	--	--	--	1,4	= 100%
1975, Okt.	50,4	43,0	5,4	--	--	--	1,2	= 100%
1979, Mai.....	51,0	41,9	6,1	--	--	--	1,1	= 100%
1983, April	47,7	43,2	5,0	--	3,4	--	0,7	= 100%
1986, Nov.	43,1	41,3	9,7	--	5,2	--	0,7	= 100%
1990, Okt.	42,8	32,1	16,8	--	6,8	--	1,7	= 100%
1994, Okt.	34,9	27,7	22,5	--	7,3	6,0	1,6	= 100%
1995, Dez.	38,1	28,3	21,9	--	4,8	5,5	1,4	= 100%
1999, Okt.	33,2	26,9	26,9	--	7,4	3,7	1,9	= 100%
2002, Nov.	36,5	42,3	10,0	--	9,5	--	1,7	= 100%
2006, Okt.	35,3	34,3	11,0	4,1	11,0	--	4,2	= 100%
2008, Sept.	29,3	26,0	17,5	10,7	10,4	--	6,1	= 100%

Kreisky

IMAS-Umfragen 2010/2011

2010, Jan.....	29	26	22	7	11	--	5	= 100%
2010, Mai.....	27	29	19	9	12	--	4	= 100%
2010, Aug.....	29	26	20	7	11	--	7	= 100%
2010, Okt.....	29	27	22	7	12	--	3	= 100%
2010, Dez.....	27	25	22	10	11	--	5	= 100%
2011, Jan	26	25	25	8	13	--	3	= 100%

So steht es am Beginn dieses Jahres mit den Parteien: Die SPÖ käme laut IMAS bei einer Parlamentswahl jetzt auf 26 Prozent, ÖVP und FPÖ auf jeweils 25 Prozent, die GRÜNEN auf 13 und das BZÖ auf 8 Prozent der Wählerstimmen. Dies bedeutet nicht nur, dass die beiden Regierungsparteien ihre ohnehin mageren Ergebnisse bei der jüngsten Nationalratswahl verfehlen würden, sondern auch, dass sie heutzutage bestenfalls halb so stark sind wie zu ihren Blütezeiten in früheren Jahrzehnten. Zur Erinnerung: Die SPÖ erzielte ihren Höchststand unter Kreisky im Mai 1979 mit 51 Prozent, die ÖVP unter Leopold Figl im November 1945 mit 49,8 Prozent der Stimmenanteile.

Als Faustregel kann gelten, dass die Sozialdemokraten bis Ende 1990 den Nimbus einer Großpartei besaßen, die ÖVP im Grunde nur bis Ende 1986, wenn man davon absieht, dass ihr die Spätfolge des Knittelfelder Desasters der FPÖ im November 2002 nochmals ein kurzes Zwischenhoch bescherte. In jedem Fall gibt es in Österreich neuerdings drei annähernd gleich starke Parteien.

Die Situation von Rot und Schwarz ähnelt jener der deutschen Schwesterparteien SPD und CDU/CSU. Auch deren Bestmarken liegen in einer bereits weit entrückten Vergangenheit. Die politische Optik spricht daher für die Ansicht des deutschen Parteienforschers Prof. Karl Korte, der erklärte, die klassischen Volksparteien seien Ruinen – die mittelgroßen Parteien würden die Wähler besser ansprechen.

Was die Behauptung Kortes in Österreich untermauert, ist die ungemein starke Überalterung der Traditions- und Koalitionsparteien. Von den Senioren wählen zwei Drittel Rot oder Schwarz, von der jungen Generation tun das nur halb so viele (insgesamt 32 Prozent). Weit aus die meisten der unter 30-jährigen Österreicher (42 Prozent) bevorzugen derzeit die Freiheitlichen; 13 Prozent stehen im Lager der GRÜNEN, 8 Prozent in dem des BZÖ.

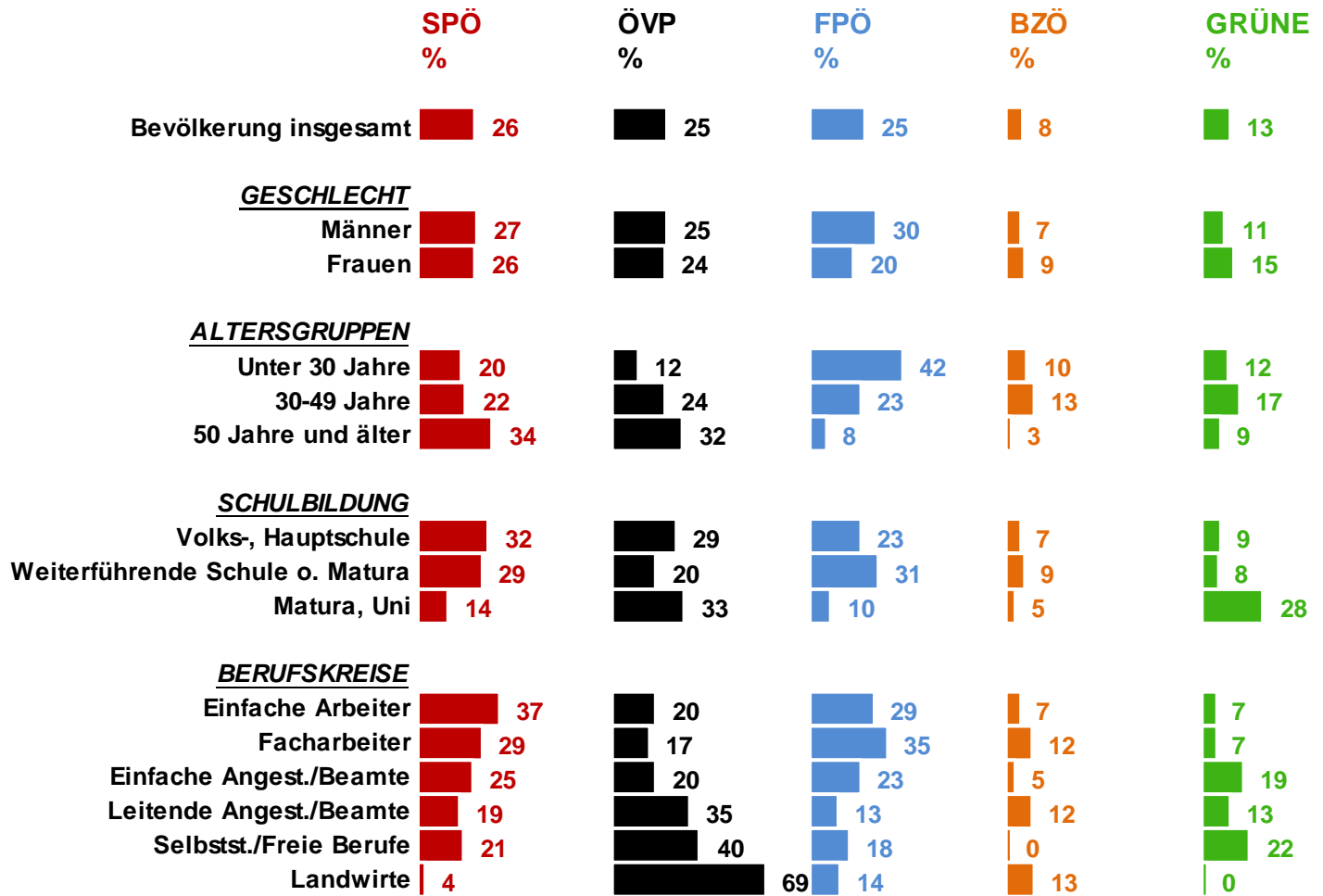
Überdurchschnittlich große Anhängerschaften haben in der Bevölkerung ansonsten:

- die SPÖ bei einfachen, ungelerten, Arbeitern sowie Personen mit Volks- und Hauptschulbildung
- die ÖVP bei Landwirten, Selbständigen sowie Maturanten/Akademikern
- die FPÖ bei Arbeitern (insbesondere Facharbeitern), Personen mit mittlerer Schulbildung und Männern
- das BZÖ bei Angehörigen der mittleren Generation, Facharbeitern und leitenden Angestellten/Beamten
- DIE GRÜNEN bei Maturanten/Akademikern, einfachen Angestellten/Beamten, sowie Angehörigen der mittleren Generation

IMAS-Umfrage 010121
Dezember 2010/Januar 2011

Österreichische Bevölkerung
ab 18 Jahre

PARTEINEIGUNG zum Jahresbeginn 2011 in demografischen Gruppen



Hauptgründe für die spätestens ab 1990 total veränderte Parteienlandschaft sind zum einen das breiter gewordene Spektrum der politischen Mitbewerber, mindestens so sehr aber auch die völlig anders gestalteten Rahmenbedingungen und Problemstellungen der Politik. Überalterung, Globalisierung, Wanderungsbewegungen, ethnische Vermischung, digitale Revolution, neue Informationstechnologien, europäische Verklammerung, Klimawandel, konfessionelle Vielfalt etc. haben grundlegend neue Fragen aufgeworfen. Es geht heute nicht mehr um Verteilungskämpfe allein, sondern um ein ganzes Bündel neuer Probleme, die sich in ihrer Verschiedenartigkeit nicht länger als geschlossenes Konzept einer Partei präsentieren lassen.

Das, was Prof. Korte als Ruinen bezeichnet, waren einst stolze politische Festungen, in denen sich die sozialen Cluster beheimatet fühlen konnten: Auf der einen Seite Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Beamte, besitzendes Bürgertum – auf der anderen Seite Arbeitnehmer und kleine Leute mit wenig Privilegien und altproletarischen Merkmalen. Dieses Oben-Unten-Schema ist passé; die Gesellschaft, wie sie von Karl Marx unter anderem im 19. Jahrhundert beschrieben wurde, gibt es heute nicht mehr. Wir haben es jetzt mit einer Wählerschaft zu tun, die ihre Klassenbindung als politisches Orientierungsmerkmal verloren hat. Die Volksparteien traditionellen Zuschnitts leiden zugleich am Absterben ihrer Kernmilieus.

Was besonders schwer wiegt: Die Bevölkerung vermisst an den großen Traditionsparteien – da diese auf viele aktuelle Probleme keine brauchbaren Antworten parat haben – das Nutzversprechen. Eine Folge der Orientierungslosigkeit ist, dass politische Probleme nach der Diktion des Züricher Sozialpsychologen Prof. Gerhard Schmidtchen heutzutage sehr diffus diskutiert werden und Wahlkämpfe einen „zirkensischen“ Charakter annehmen, ohne das Ohnmachtgefühl der Wähler zu beheben.

Ein Reflex der Parteien auf die Schwierigkeit, Gegenwartsprobleme zu lösen, besteht augenscheinlich darin, politische Entscheidungen in Form von Volksabstimmungen zunehmend den Wählern selbst zu überantworten. Aufgrund einschlägiger Umfragebefunde des IMAS besteht jedoch Zweifel, dass die Bevölkerung eine Abkehr von der repräsentativen zur direkten Demokratie im großen Stil wirklich wünscht. Zwar befürworten 38 Prozent der Österreicher vorbehaltlos die Mitwirkung aller Bürger bei politischen Entscheidungsprozessen, doch gibt es bei näherer Betrachtung nur eine begrenzte Zahl von Problemen, bei denen ein wirklich spontanes Verlangen besteht, persönlich mitzureden.

Was die Bevölkerung im Grunde mehr wünscht, als eine Ja-Nein-Demokratie, sind klare Orientierungen, politischer Vorausblick und die Erkennbarkeit von Konzepten.

Dokumentation	
Zeitraum der Umfrage:	10. Dezember 2010 – 7. Januar 2011
Sample:	1.009 Personen, statistisch repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, Quotaauswahl, face-to-face
Zahl der Interviewer:	107
Archiv-Nummer der Umfrage:	010121

IMPRESSUM:

Informationsdienst der Markt- und Meinungsforschung. Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: IMAS-International – Institut für Markt- und Sozialanalysen GmbH, A-4020 Linz, Gruberstraße 2-6, Tel.: 0732/77 22 55-0, Fax: 0732/77 22 55-5, e-mail: office@imas.at